

Beilage zu Nummer 8 der Volksstimme.

Dienstag den 11. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 11. Januar 1916.

Die Brotgetreidevorräte.

Aufhebung der freieren Verbrauchsmassnahmen.

Amlich wird diese Nachricht verbreitet:

Die Bestandsaufnahme vom 10. September 1915 hat ergeben, daß die Vorräte an Brotgetreide im Deutschen Reich ausreichen, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Es hat sich aber gezeigt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Wirtschaftsjahres getroffen wurden, wie die Freigabe von Winterkorn, Futterkorn, geringere Ausmahlung, Erhöhung der Brotkation, bei den Verbrauchern und Landwirten die Auffassung erweckt haben, als wenn unser Vorrat überreichlich und Vorrat nicht vorrücken wäre. Diese Auffassung ist irrtümlich. Wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur reich, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve in das nächste Wirtschaftsjahr hinübergehen wollen. Das Kuratorium der Reichsgetreidekasse hat daher beschloffen, unter vorläufiger Aufhebung der freieren Maßnahmen zu den Bestimmungen des Verteilungsplanes des vorigen Jahres zurückzukehren und die Tageskopfmenge wie im Frühjahr 1915 festzusetzen. Für die Bedürfnisse der Sachverarbeiter nach stärkeren Brotkationen wird wie bisher ausreichend gesorgt werden.

Zur Beachtung! Auf das Inserat in der heutigen Nummer der „Volksstimme“ wegen Einfindung eines Bildes der Gefallenen, am besten photographisches Porträt mit ganz kurzer Lebensbeschreibung oder auch nur Lebensnotizen, innere aber mit genaue Vor- und Zunamen, Geburts- und Todesdatum, Zivil- und Militärstandsangabe an das Stadtkommando, Rathaus, Zimmer 63, weisen wir besonders hin.

Neue Geschichte von Wiesbaden. Da die beiden Geschichtswerke über Wiesbaden von Professor Otto (1877) und Archivar Roth (1883) nunmehr, ohne Beeinträchtigung ihres historischen Wertes, doch als veraltet zu betrachten sind, auch die Geschichte der letzten dreißig Jahre unter der Ära Adolph naturgemäß in ihnen nicht vertreten ist, hat der Stadtkommandant, Oberst Dr. Spielmann, aufgrund seiner Forschungen und Materialsammlungen, eine neue Geschichte von Wiesbaden zu schreiben. Er läßt durch uns die Wohnerschaft, Behörden, Korporationen usw. unserer Residenzstadt bitten, ihn bei etwaigen Anfragen in lokalen Kreisen gütigst zu unterstützen, ihm auch vorkommende nötige Befreiungen zu gestatten, wie ihm dies von der Stadtkommandant bereits zuvorkommend zugesagt worden ist.

Schwurgericht. Im Mai 1913 wurde über das Rodegösch von Minna Prüßel der Konkurs erklärt. Trotzdem zog die Konkursverwaltung noch über 400 Mark Außenstände ein und eignete sich noch eine Kiste mit Straußfedern, die ebenfalls zur Konkursmasse gehörte, an. Als ihr hier wegen dieser Sachen der Boden zu heiß wurde, ging sie schließlich über die Schweiz nach England, wo sie sich mit einem Deutschen verheiratete. Beim Beginn des Krieges wurde die fleißigste Verfolgerin ausgespielt, ihr Mann zurückbehalten. Ihre Schuldenlast betrug etwa 22.000 Mark. Unter Anrechnung mildernder Umstände wurde die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das städtische Volksbad am Schloßplatz bleibt wegen Vornahme baulicher Arbeiten auf etwa acht Tage geschlossen, dagegen ist das Römertorbad während dieser Zeit geöffnet.

Rassauische Landesbank und Kassauische Sparkasse. Die Zahlung der seit dem 31. Dezember v. J. fälligen Zinsen und Tilgungsraten wird durch die Direktion in Erinnerung gebracht, da in aller Kürze mit der Beilegung begonnen wird.

Vergiftete Hunde. Hier treibt wieder einmal ein Hundemörder sein tödliches Handwerk. Das „Wiesbadener Tageblatt“ schreibt: „Die wir berichteten, sind im westlichen Stadtteil in den letzten Tagen fünf zum Teil recht wertvolle Hunde unter Vergiftungserscheinungen eingegangen. Ein sechster Hund, der ebenfalls auf dem betreffenden Platz ausgelegt stand, konnte dadurch gerettet werden, daß man ihm gleich Gegenmittel gab. Ein siebenter verendete dagegen in nächster Nähe des Platzes.“

Residenz-Theater. Das Zug- und Kassenstück „Die seltsame Erzählung“ wird heute, Dienstag und am Donnerstag wiederholt. Die Rolle der Frau von Windogge spielt Fel. Richter anstelle der erkrankten Frl. Solberg. Am Samstag und Sonntag abend kommt der diabolische Schwank von Garlan: „Jahrmärkte in Pulsnitz“ zur Aufführung.

Vereine und Versammlungen.

Bierich, A.-G.-R. „Fortwärts“. Mittwoch abend 1/9 Uhr Gesangsabend.
Wiesbaden, A.-G.-R. „Freundschaft“. Dienstag Probe für Männer- und Frauenchor.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Bierich, 10. Jan. (Töblicher Unfall.) Beim Ueberfahren der Kleise des Othobahnhofes wurde ein Soldat von einem Zuge überfahren und getötet.

Aus den umliegenden Kreisen.

Erschwere Selbsthilfe der Landwirte.

Aus Darmstadt wird gemeldet:

Infolge der sehr allgemein stattfindenden Kontrolle durch die Gendarmerie betr. die Einhaltung der Bundesratsverordnungen über den Verbrauch von Brotgetreide durch die sog. Selbstverbraucher finden bei der Groß-, Staatskontrollen zahlreiche Anzeigen über Verhöre gegen diese Bestimmungen statt, in denen diese Selbstverbraucher über das ihnen von den Bürgermeisterien erlaubte Maß hinausgehend, ein größeres Quantum zum Mahlen in die Mühle geben. In vielen der zur Anzeige gebrachten Fällen sind die Landwirte selbst gezeugt, die als Ausweis von der Bürgermeisterien ausgestellt Verordnungen zu fälschen. Sie setzen einfach eine größere Menge Getreide als in Wirklichkeit erlaubt war, ein. Bis jetzt liegen schon über hundert bedauerliche Anzeigen vor. Ein großer Teil

der Deute hat sich nicht nur gegen die Bundesratsverordnungen vergangen, sondern sich auch der Urkundenfälschung schuldig gemacht.

Wir haben wiederholt von den Behörden gefordert, die Kontrolle härter walten zu lassen. Was hier von dem Brotgetreide konstatiert wird, trifft auch auf andere landwirtschaftliche Produkte — namentlich auf Kartoffeln — zu. Wir haben bisher tauben Ohren gesprochen und erwarten aus verschiedenerlei Gründen auch nach diesem Resultat keine Änderung. Aber interessant ist obige Feststellung doch!

Schwanheim, 11. Jan. (Betrug.) Der Eisenbahnunterassistent Klumb aus Kellertbach war hier stationiert und hatte in der Zeit vom 12. Dezember 1914 bis Anfang September 1915 in fünfzig Fällen 28.50 Mark unterschlagen, sowie die Bücher unrichtig geführt und gefälscht. Das Wiesbadener Schwurgericht bejahte die Schuldfrage, auch die nach milderen Umständen. Der Angeklagte wurde zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Oberhesskreis, 10. Jan. (Minderverbot.) Für den ganzen Bereich des Kreises erließ der Landrat v. Bernus ein Minderverbot, das allen Jugendlichen von weniger als 17 Jahren das Tobaktrauchen untersagt. Den Händlern wird der Verkauf von Zigaretten, Zigarren an diese Personen verboten. Ferner dürfen Jugendliche ohne Begleitung ihrer Eltern oder Vormünder keine Wirtschaften besuchen und sich nach 9 Uhr abends nicht mehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen umhertreiben. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark oder Haftstrafen geahndet. Diese Verfügungen werden heute in Kraft.

Gannau, 11. Jan. (Heinrich Becker.) Wiederum hat der Krieg der Partei einen der Besten genommen. Heinrich Becker ist am 5. Januar 1916 in Frankreich durch eine Granate getötet worden. Es schied damit ein braver, gleichmütiger Genosse, dem keine Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung zu viel war, aus unserer Reihe. Lange Jahre, bis kurz vor dem Krieg, war er als Unterassistent und Bezirksführer in der Partei tätig. Stets hat er mit großer Ausopferung für unsere Sache seine parteigenössische Pflicht erfüllt. Nicht allein innerhalb der Partei tat er seine Pflicht; im Reichsarbeiterverband, dem er angehörte, vertrat er ebenfalls die Stelle eines Unterassistenten; auch für die Genossenschaft war er eifrig tätig. So rafft der sozialistische Krieg einen nach dem anderen dahin. Der Genosse Becker gekannt hat, wird mit uns sagen: ein schwerer Verlust ist der Arbeiterbewegung erwachsen. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken!

Gannau, 11. Jan. (Die Stadtschulordnung.) Hatten am Donnerstag ihre erste Sitzung ab. In der Tagesordnung steht zunächst die Einführung und die Verpflichtung der neu einmündenden Stadtschulkindern, ferner die Wahl des Bureau, sowie der Kommissionen und Ausschüsse. Außerdem soll Stellung genommen werden zur Erhöhung der Kindermilch und der Verwendung der Zinsen der Vermögensfonds der Schule usw. — (Stipendium für einen Gold- oder Silberarbeiter.) Nach einer Mitteilung von Christian Weiskopf soll alljährlich ein besonders talentvoller Goldarbeiter (Wohlfahrt, Grabbe, Jülicher) oder Silberarbeiter, welcher noch eine Zeitlang der Fortsetzung des höheren Unterrichts in der hiesigen Akademie oder dem Privatunterricht sich widmen will und unbemittelt ist, ein einmaliges Stipendium von 120 Mark erhalten. Als Aufgabe für die Erlangung des Stipendiums für 1916 wird gestellt: „Ein Entwurf zu einer Toilettegarantur, bestehend aus Handspiegel, Kapselbüchse mit Griff, Meldebüchse, Seifenbox, Ruderbox, Ausführung in Silber oder vergolbet. Gefordert werden Ansichten und Profile auf einem Blatt.“ Die Bewerbungsberechtigten sind, mit einem Kennwort bezeichnet, unter Beifügung eines mit gleichem Kennwort versehenen Briefumschlages, der den Namen des Bewerbers enthält, bis spätestens den 15. Februar 1916 im Sekretariat der Zeichenakademie einzureichen. Zulässig zur Bewerbung sind nur Goldschmiede und Silberarbeiter, nicht erforderlich aber ist, daß die Bewerber Schüler der Zeichenakademie sind. — (Städtischer Lebensmittelpreis.) Von heute Dienstag an wird das Preisverzeichnis nur noch an die Inhaber der Ausweisarten mit rotem Aufdruck verabfolgt.

Gannau, 11. Jan. (Eine Spülung des Wasserrohrs.) geschieht in diesen Tagen bis einschließlich Freitag dieser Woche durch das städtische Wasserwerk. Die Absperrung der Wasserleitung in den einzelnen Straßen wird jeweils abends 9 1/2 Uhr vorgenommen. — (Wegen Vornahme ungünstiger Handlungen) erkannte gestern die Strafkammer gegen einen 17jährigen Jungen aus Enkheim auf zwei Wochen Gefängnis. Der Junge hatte im November einer 15jährigen Schülerin aus Heidenheim aufgelauert und sie vergewaltigt.

Offenbach, 10. Jan. (Die Bluttat zweier Messerhelden.) Der Mechaniker Johannes Memmer aus der Ludwigstraße wurde in der Nacht von Samstag auf Sonntag an der Ecke Goethe- und Ludwigstraße, als er einen in der Goethestraße wohnhaften Freund nach Hause begleiten wollte, von dem schon erheblich vorbestraften, Ludwigstraße Nr. 171 wohnhaften Gürtler Anton Ulrich und dem Ludwigstraße Nr. 162 wohnhaften Schlosser Theodor Gailing angegriffen. Obwohl der Vorfall nach einem kurzen Wortwechsel und einigen gegenseitigen Ohrfeigen erledigt zu sein schien, folgten Ulrich und Gailing dem Memmer und dessen Freund bis vor die Wohnung des Letzteren. Hier stürzten sie auf die beiden Leute los und während Gailing mit seinem Schwert auf sie einschlug, brachte Ulrich dem Memmer mit einem feststehenden Messer zwei Stiche in den Hals bei. Memmer begab sich noch in der Nacht ins Stadt Krankenhaus. Sein Zustand verschlechterte sich derart, daß an seinem Aufkommen gewweifelt wird. Die beiden Täter wurden in Haft genommen.

Darmstadt, 10. Jan. (Die heftigen Handelskammern für die Bierpreiserhöhung.) Die heftigen Handelskammern haben auf ihrer Vertreterkonferenz am 6. Januar 1916 zu der Frage der Bierpreiserhöhung mit allen gegen die Stimme der Handelskammer Wingen, die bereits ihre Stellungnahme zur Kenntnis der Großherzoglichen Regierung gebracht hatte, folgende Erklärung angenommen: „Die Vertreterkonferenz der heftigen Handelskammern stellt den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß es heute vor allem darauf ankommt, das wirtschaftliche Leben im Ganzen zu erhalten, damit das in den Betrieben tätige Personal an Arbeit und Gehältern mit angemessenem Entgelt weiterbeschäftigt und die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt wird. Auch dem Braugewerbe, das mit zahlreichen anderen Gewerbezweigen zusammenhängt, darf daher das Weiterbestehen nicht unmöglich gemacht oder in unbilliger Weise erschwert werden, wie auch die Bevölkerung beanspruchen kann,

daß die Güte des Erzeugnisses keine wesentliche Verschlechterung erfährt. Die Konferenz weist ferner darauf hin, daß das Bier nicht zu den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs gehört, so daß eine Einschränkung des Verbrauchs kein schweres Opfer für die Bevölkerung bedeutet. Im Gegenteil ist es wünschenswert, daß eine gewisse Einschränkung eintritt, um die nur noch zur Verfügung stehende beschränkte Menge Bier auf möglichst lange Zeit zu verteilen. Dies liegt namentlich auch im Interesse der Gastwirte. Die Handelskammern haben auch aus dem ihnen vorgelegten Material den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die bisher vorgenommene Erhöhung der Preise um im ganzen 10 Mark den gesteigerten Erzeugungskosten nicht nur entspricht, sondern hinter den Mehrkosten zurückbleibt. Hieran wird nichts durch die Tatsache geändert, daß manche Brauereien infolge früherer Abschreibungen und früherer Erzeugungskosten noch eine verhältnismäßig befriedigende Dividende für das abgelaufene Jahr verteilen konnten. Die Vertreterkonferenz hält daher die Beibehaltung der bisher eingetretenen Preiserhöhung nicht für begründet.“ Ohne auf die Begründung der Handelskammervertreter näher einzugehen, können wir der Arbeiterschaft nur raten, das teure und schlechte Bier einfach nicht mehr zu trinken. Ein großes Opfer ist die Einschränkung des Genusses dieses Bieres wahrlich nicht.

Diez, 10. Jan. (Neue Ergraben.) Der Firma Friedrich Krupp A.-G. in Essen-Ruhr wurde unter dem Namen „Bergwerk Schen“ das Bergwerkseigentum in dem Gemeinden Allendorf, Verabhausen und Kapellenbogen gelegenen Felde, das einen Flächeninhalt von 1.280.862 Quadratmeter hat, zur Gewinnung vorkommender Mangangerne verliehen.

Marburg, 10. Jan. (Ein Beleidigungsprozess.) der sowohl wegen seines Gegenstandes als auch seines Ausganges interessant ist, wurde am Freitag vor der Marburger Strafkammer in sechsstündiger Dauer verhandelt. Der frühere Lehrer, jetziger Bienezüchter und Herausgeber einer Junfer-Zeitung, Freudenstein aus Marbach bei Marburg, hatte in mehreren Eingaben an Behörden dem Bürgermeister und dem Lehrer des Dorfes Unterschlagen vorgeworfen, den Lehrer als besonders gemeingefährlich bezeichnet und Worte wie: Unterschlagung, Verbrecher, Seuchler, Zudas, Geldgier, Neid, Diebstahl, Niederträchtigkeit usw., also eine ganz nette Blütenlese, auf ihn angewendet. Im ersten Termin im Oktober v. J. hatte Freudenstein sämtliche Marburger Richter für befangen erklärt und beantragt, die Sache vor einer auswärtigen Strafkammer zu verhandeln, wobei er auf frühere Prozesse in Bienezüchtereigenheiten hinwies. Das Oberlandesgericht lehnte den Antrag ab und so wurde in Marburg weiterverhandelt. — Bürgermeister und Lehrer hatten im Dorfe eine Sammlung zugunsten des Roten Halbmondes veranstaltet und nur 50 Mark abgeliefert und 40.40 Mark für andere Kriegsfürsorgezwecke zurückbehalten. Auf die Eingabe des Angeklagten an das Landratsamt mußte der zurückbehaltene Betrag abgeliefert werden. Freudenstein hatte dann Bestrafung des Bürgermeisters und des Lehrers verlangt. Mit beiden, und nicht nur mit diesen, lebt Fr. seit Jahren wegen Gemeinde- und sonstiger Angelegenheiten auf gespanntem Fuße. Trotzdem die Verhandlung ergab, daß Bürgermeister und Lehrer seiner unredlichen Handlung sich schuldig gemacht hatten, kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Aus Frankfurt a. M.

Ein rätselhafter Frauenmord.

Die Opferkinder.

Nachdem das Verhör des Angeklagten, der noch geltend machte, daß er bei der Tat angetrunken gewesen sei, beendet war, wurden die Opferkinder vernommen. Dr. Sieber vom Wappenhof Institut berichtete über die Autopsie der Leiche, die bei dem hohen Verwesungsgrad recht schwierig war. Ein merkwürdiges Phänomen waren Haare, die man von der Oberhaut fand. Sie waren ungewöhnlich identisch mit den Haaren der Leiche. Dr. Sieber schloß dann den Befund im Totzimmer, der nichts ergab, was die Angaben des Angeklagten zu widerlegen geeignet war.

Prof. Dr. med. Frank (Wiesbaden) hat zusammen mit Dr. Schanmüller die Leiche obduziert. Sie war vollständig blutleer. Die beiden Ärzte folgern daraus, daß der Tod durch Verblutung eingetreten ist. Die Verblutung ist nach ihrer Ansicht, da die inneren Organe und die Knochen unversehrt waren, beim Absterben der Leiche eingetreten, die im letzten Stadium des Lebens erfolgt sein müsse. Die Leiche sei so glatt und kunstgerecht abgetrennt worden, führte Dr. Frank weiter aus, daß er nimmermehr glauben könne, Bauer habe sie abgetrennt. So, wie es geschehen sei, müsse es ein Chirurg erst durch Übung lernen. Auch hätte die Abtrennung unmöglich einer allein so glatt vollzogen können.

Vors.: „Bauer, sind Sie zu weit gegangen? Haben Sie einen Helfer gehabt?“ — „Angel.“ — „Ja, habe es allein geschafft.“ Dr. Schanmüller schloß sich den Ausführungen Dr. Franks an. — Darauf wurde das Obergesicht des Agl. Rediginalkollektums in Kassel verlesen, das zu dem Ergebnis kommt, daß der Tod der Oberst durch Erstickung eingetreten sei und die Angaben des Angeklagten mit dem Sectionsbefund nicht in Widerspruch ständen.

Gef. Rediginalrat Dr. Krause führte dazu noch aus, daß die Blutleere eine Folge der fortgeschrittenen Fäulnis gewesen sei. Das Blut sei in die Gewebe gedrungen und, da die Kontinuität der Haut an vielen Stellen unterbrochen war, aus dem Gewebe nach außen entwichen, verdunstet. Die Abtrennung der Leiche sei nicht erfolgt, als noch Leben im Körper war, sondern später, und es sei sehr wohl denkbar, daß sie von dem Angeklagten allein vorgenommen sei.

Die Zeugen.

Die Vernehmung der Zeugen erstreckte sich auf Einzelheiten über den Charakter der Oberst, die als gutmütig und durchaus nicht streitsüchtig geschildert wird, über ihr Verhältnis zu Bauer und über das Verhalten Bauers vor und nach der Tat. Für die Öffentlichkeit haben diese Einzelheiten kein Interesse.

In der Beweisaufnahme wurde dem Angeklagten Bauer immer wieder vorgehalten, er müsse der Getöteten den Hals doch ziemlich lange zugehalten haben, dabei müsse ihm doch eine Ueberlegung gekommen sein. Bauer erwiderte, es habe nur ganz kurze Zeit gedauert, vielleicht 30 Sekunden. Geheimer Rediginalrat Dr. Krause erklärte es sehr wohl für möglich, daß ein kräftiger Mensch wie der Angeklagte mit einer Hand einem andern den Hals so zuschnüren könne, daß innerhalb einer Minute, vielleicht auch einer halben der Erstickungstod eintreten könne.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung redete der Vorsitzende dem Angeklagten noch einmal in Gemüthen, er solle ein volles Gesändnis ablegen. Bauer erwiderte, er habe gesagt, wie es gewesen sei, und nichts hinzuzufügen.

Die Urteile.

Das Gericht legte den Geschworenen zwei Schuldfragen vor: auf Mord und auf vorsätzlichen Totschlag ohne Ueberlegung. Der

Verteidiger beantragte, für den Fall der Bejahung der Frage auf Totschlag die Unterfrage der Reizung durch schwere Beleidigung und als dritte Schulfrage die Frage auf Körperverletzung mit tödlichem Erfolge zu stellen.

Die Plaidoyer.

Staatsanwalt Meder führte aus, daß nach dem Ergebnis der Vernehmung des Zeugen Rastmayer die Raubmord auszusprechen hätten. Zugunsten des Angeklagten müsse man annehmen, daß seine Angaben über den Vorgang, wenn sie auch nicht ganz glaubwürdig erschienen, richtig seien. Als Motiv müsse man also annehmen: bei dem Schlag mit der Marmortafel Horn und bei dem Jubelhalten des Haffes Verhinderung am Schreien. Daß der Angeklagte dabei mit voller Liebedeckung gehandelt habe, sei nicht erwiesen, die Frage auf Mord müsse also verneint werden. Dagegen müsse der Angeklagte des vorsätzlichen Totschlags schuldig befunden werden. Der Täter brauche nicht den Tod zu wollen, es genüge, wenn er sich sagen müßte: was du hier tust, hat vielleicht den Tod des andern zur Folge. — Das sei der Totschlag. Der Angeklagte hat auch nach der Tat nicht gezeigt, daß er über den Erfolg beklügte war. Er habe den Toten in den Schößen der Getöteten verfallen und schon am nächsten Tage die Kleider verkauft. Die Unterfrage nach Reizung durch schwere Beleidigung ohne eigene Schuld müsse verneint werden. Auch andere mildernde Umstände seien nicht vorhanden. Der Angeklagte verdiene keine Milde. Er habe keine Reue gezeigt und nur fabelhaft gestanden, als er mußte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Max Stroinsch ging für seinen Klienten mit warmer Verehrtheit ins Zeug. Von einem Mord könne gar keine Rede sein. Am Nachmittag der Tat habe Bauer einen Zeugen gesagt: „Heute Abend kommt die Oberst zu mir in meine Wohnung und bleibt die Nacht bei mir.“ Sollte er das gesagt, wenn er einen Mord geplant hätte? Der Verteidiger warnt vor Vermutungen und legt dar, daß auch ein vorsätzlicher Totschlag nicht begangen sei. Man möge daran denken, daß sich der Totschlag in 30 Sekunden abgespielt hat! Der Untergrund der Tat sei Eifersucht gewesen. Der Angeklagte habe auch gute Seiten gezeigt, darum stelle er anheim, ihm doch mildernde Umstände zuzubilligen. Er bitte, die Frage auf Körperverletzung mit tödlichem Erfolge zu bejahen, eventuell die Reizung durch schwere Beleidigung anzuerkennen.

Witwen-, Witwer- und Ledigenheime.

Ueber dieses Thema sprach am Montag Abend Frau Dr. Hammerich im Auftrag des Verbandes für Armen- und Waisenpflege. Sie begann mit einem Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsprozesses, der immer mehr jugendliche Personen beiderlei Geschlechts frühzeitig selbständig mache, sie dem Elternhause entfremdet. Für sie, wie für die Witwen und Waisen, muß ein Ersatz mit allen Funktionen des Familienlebens geschaffen werden. Auch soll das Heim die Interessen nicht von der Außenwelt abschneiden, sondern im besten Sinne mit der Umwelt verbinden. England, das sozial und industriell früh entwickelte Land, ist uns in diesen Einrichtungen lange vorausgegangen; in Deutschland hat Stuttgart damit den ersten Versuch gemacht. Dann erst kam Berlin mit solchen Einrichtungen auf den Plan. Vielfach haben konfessionelle Einrichtungen aller Art die Lücken teilweise ausgefüllt. Verschiedentlich haben dann Unternehmer ähnliche Heime gegründet. Aber selbst bei humanster Verwaltung bringen solche Heime eine gewisse Abhängigkeit vom Betrieb, ganz abgesehen davon, daß mit dem Ausritt aus der Arbeit auch die Unterhaltungsstätte für den Auscheidenen geschlossen ist. In Frankfurt finden wir zuerst, am dem Bedürfnis der frühzeitig im Handelsgewerbe tätigen Mädchen entgegenzukommen, ein israelitisches Mädchenheim. Später entstanden dann Arbeiterinnenheime zuerst in der Rattiger Landstraße, das neueste in der Schmeibergstraße, das in jeder Beziehung multigütig eingerichtet ist. Als besonders notwendig erschien die Errichtung eines Heims für Mägdleins im Alter von 14 bis 18 Jahren, das im November 1914 in der Bleichstraße errichtet wurde.

Die Gründe, aus denen man an die Errichtung heranging, waren zuerst nur moralischer Art; allmählich lernte man auch höhere kulturelle Momente dabei schätzen. Heute ist man soweit gekommen, zu sagen, daß nur die vollkommensten und vollendetsten Einrichtungen die Interessen hält und erzieht. Das zeigt sich an der künstlerischen Ausgestaltung, an der Schöpfung kollektiver Hauswirtschaftsformen und daran, daß man den Heimen den Charakter der Wohltätigkeit entzieht. Voraussetzung allerdings ist, daß die Heime die Lebensbedingungen nicht herabdrücken, sondern die Interessen auf der Stufe erhalten, zu denen geistliche Arbeit sie erziehen hat. Es muß den Bewohnern solcher Heime die Möglichkeit gegeben werden, ihren gesellschaftlichen Interessen politischer und gewerkschaftlicher Art nachgehen zu können. Dies bedingt, daß auch im Heim selbst Einrichtungen unterbaltenden Charakters geschaffen werden, wie sie sich besserstellende Familien leisten können.

Eine besondere Einrichtung ist unser Frankfurter Witwenheim, das den Männern, die ihre Frau verloren haben, einen Ersatz bietet, dem Waise, der sich zum zweitenmal eine Lebensgefährtin suchen will, die Möglichkeit gibt, dies nicht zu überlassen. Im Heim wird für die Kinder gesorgt, dem Mann die Sorge für sie und die Küche zu billigen Preisen abgenommen. Die Frequenz ist trotzdem nicht so, daß das Heim immer besetzt ist; es wäre erwünscht, wenn die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf das Unternehmen gelenkt würde. Keine beengenden Vorschriften hindern den Einwohner; er ist vollständig frei in seinem Heim. Auch seinen Kindern gegenüber behält er vollkommen freie Hand. Für die Kriegserwachsenen scheint die Errichtung solcher Heime ein unabweisbares Bedürfnis; sie sollten sobald als möglich ins Auge gefaßt werden.

Zusammenfassend sagte Frau Hammerich, daß die soziale Bedeutung dieser Witwen-, Witwer- und Ledigen-Heime, daß sie in ihrer heutigen Art und Ausgestaltung weit abseits von dem, was man sich anfangs dabei dachte. Sie sind heute berufen, in der Umwandlungsbewegung von Technik und Arbeit noch eine große Rolle zu spielen. Die Arbeiterheime werden dadurch aus Hilfsmitteln sozialer Hilfsarbeit zu Mitteln und Werkzeugen der gesellschaftlichen Umwälzung. Diese richtet sich gegen die Unvollkommenheiten und Mängel des verhältnismäßig kleinen Einzelhaushalts, der noch eine starke Bedeutung in der Gegenwart hat. Sogut möglich wird der Einzelhaushalt in Zukunft eben nur noch für die Kreise, die hinreichend Mittel zu seiner Aufrechterhaltung besitzen. Für die bedürftigen Klassen ist der hauswirtschaftliche Großbetrieb ein kultureller Ersatz und eine Notwendigkeit, da besonders die arbeitenden Frauen die doppelte Last der gewerblichen Arbeit und der Hauswirtschaft nicht tragen können, ohne sich und der Familie zu schaden.

In der Diskussion wurde Ausdehnung dieser Heime auch für uneheliche Mütter verlangt. Dr. Krauß sprach für Berücksichtigung der Kriegserwachsenen, die durch Kleinwohnungsnot und teure Lebensmittel solchen Heimen viel Interesse entgegenbringen würden. Nachdem noch Frau Fuchs auf die Schwerfälligkeit der großen Häuser, sich an solche Einrichtungen zu gewöhnen, hingewiesen hatte und Frau Dr. Hammerich die verschiedenen Anregungen besprochen hatte, folgte Schluß der sehr anregenden Versammlung.

Frauen im städtischen Verwaltungsdienst. Der Stadtverordnete Wedel hat in einer der letzten Sitzungen des verfloffenen Jahres die Heranziehung von Frauen zu stimmungsberechtigten Mitgliedern der Ämter und Ausschüsse angeregt; es war ihm dabei mehr um eine theoretische Prüfung der Frage zu tun, als um praktische Anträge. Die Angelegenheit ist vom Magistrat inzwischen erwogen worden und wie man hörte, besteht die Absicht, der Wahlvorstandskommission zugunsten der Mitarbeit von Frauen in der städtischen Verwaltung von Hall zu Hall entsprechende Vorklagen anheimzustellen. Bestimmte Anträge liegen noch nicht vor, werden aber speziell auf den Gebieten der Armenpflege, Jugendfürsorge, Lebensmittelbeschaffung usw. gestellt werden, wenn die prinzipielle Seite der Frage in zustimmendem Sinne gelöst ist.

Ausflug für Volksvorlesungen. Beim dieswöchentlichen Volks-Tunabend in der Stadthalle am Mittwoch um 8½ Uhr wird nochmals ein vierstimmiger Solistengesang unter Leitung von Herrn E. G. Elsäßer mitwirken (Wiederholung der Chöre vom letzten Abend, ferner Engländer aus Schumanns „Paradies und Peri“ und „Deutsche Lieder“ von Schubert in der Bearbeitung von Roth). Außerdem werden Herr Toni König und Pianist Rudolf Kady Mozarts Sonate in Es-Dur für Violine und Klavier, Herr König Violin solo von Beethoven und Jenson und Herr Kady Liszt's „Ungarische Rhapsodie“ Nr. 12 spielen.

Vom Schwurgericht. Morgen und übermorgen verhandelt das Schwurgericht gegen den Mechaniker Emil Klippel, seine Ehefrau Margarete Klippel und den Kassenboten Heinrich Wahl wegen betrügerischen Bankrotts und Beihilfe dazu (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Stern und Max Stroinsch). Am Freitag hat sich die Schneiderin Margarete Bögen in der Sache wegen Meineids zu verantworten (Dr. Julius Jessel) und am Samstag findet noch eine Verhandlung wegen Ringverbrechens statt. Damit geht die Schwurgerichtstagung zu Ende.

Gesundheitsklub. Das Fest der silbernen Hochzeit begehen morgen die Eheleute Karl Otte, Große Fischerstraße 1. Beide Jubilare sind in der Frankfurter Arbeiterbewegung bekannte Personen. Genosse Otte und sein Weibchen sind seit Jahrzehnten für unsere Sache eifrig tätig, und es dürfte wohl keine größere Parteilichkeit geben, bei der Otte nicht mitgewirkt hat. Im Jubiläumsgesicht haben sie seit Jahren in der Distriktleitung an erster Stelle. Dem Jubelpaar unsere besten Glückwünsche!

Vom Buge gestört. In der Johanneisstraße warf sich gestern vormittag ein junger unbekannter Mann vor den Wiesbadener Güterzug. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Wer ist der Fieber? Am Sonntagabend gegen 11 Uhr hat eine arme Geschäftsfrau, deren Mann im Felde steht und die ihr ganzes Bargeld bei sich trug, auf dem Wege vom Liebfrauenberg nach der Feil ihre schwarze Handtasche mit 98 Mark und einem Hund Schlüssel verloren. Auf dem Rückwege, als die Frau nach ihrer Tasche suchte, wurde sie in der Gr. Sandgasse vor dem Hause Nr. 21 von einem jüngeren Mann, der Postuniform trug, angebrochen und befragt, ob sie eine Handtasche mit einer gelben Geldbörse samt Geld verloren habe. Als die Frau dies bejahte, erklärte der Postbeamte, sie solle nur gleich auf das Polizeirevier am Geisviertel gehen, denn dort sei die Tasche abgegeben. Die Tasche war aber weder auf dem Revier und auch sonst nicht abgegeben worden. Der betreffende Postbeamte oder sonst Personen, welche über die Person des Finders Auskunft geben können, werden gebeten, sich auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 435, Kriminalpolizei, Hohenzollernplatz 11, zu melden.

Strengende Schlachtviehpreise. Trotz des starken Auftriebs von Rindvieh auf dem Frankfurter Schlachtviehmarkt gingen die Preise am Montag bei allen Tiergattungen erheblich in die Höhe. Zum Verkauf standen 351 Ochsen, 47 Bullen, 2911 Kühe, 889 Kälber, 93 Schafe und 119 Schweine. Der geringe Auftrieb von Schweinen zeigt, daß die Fütterer mit ihren schlachtreifen Tieren immer noch nicht den Weg zu den Märkten finden können; sie warten offenbar noch höhere Preise ab. Ein Verhalten, das bei der gegenwärtigen Notlage geradezu vaterlandsgefährlich ist. Die Preise für beste Ochsen betrugen 140 bis 150 Mark, für Bullen 133 bis 140 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Für Kühe bedeutete das eine Steigerung von 2 bis 8, für Bullen von 7 bis 9 Mark der Zentner. Kühe gingen ebenfalls im Preis in die Höhe; je nach Qualität betrug die Preissteigerung zwischen 4 bis 9 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Gering genährte Tiere kosteten 100 bis 110 Mark der Zentner. Diese außerordentliche Preissteigerung der Schlachtviehpreise kommt natürlich auch im Lebensverkauf zum Ausdruck. Das Bund Ausfleisch kostet heute schon eine Mark. Kleine Leute können sich auch das nicht mehr leisten. Die Regierung aber sieht immer noch unartig zu. Mit der Einführung fleischer Tage allein ist es nicht getan, da muß sie schon ernsthafte Maßnahmen ergreifen.

Feldpost.

Barthel R. Ihre Ansicht ist richtig. Max Werner. Wir haben das Geld für Januar/Februar verrechnet.

Jungmann. Ihre Zeitung geht täglich hier ab.

Stroh und Wehl. Werden seit 1. Januar abgesandt.

Weider. Wir können nicht jedes Geld in der Feldpost guttieren, nur bei besonderen Anlässen. Ihr Geld ist eingegangen, es reicht bis 16. März.

B. Hutter. Die Zeitung wird schon seit länger Zeit Tag für Tag nach Kottow geschickt.

G. Schreiber VI. Die Feldpostbeträge müssen in der Regel hier bezahlt werden, wenn Ihre Frau monatlich zur Stadthauptkasse geht, hat sie ja Gelegenheit, bei uns vorbeizukommen.

Neues aus aller Welt.

Schnapsvergiftung. In Penzberg in Oberbayern sind drei Personen an Vergiftung durch Methylnaps gestorben, zwei Vergiftete, vier von je sieben Kindern, eine Mutter von sechs Kindern und zwei weitere Personen schwer erkrankt.

Glühende Patrioten — wenn der Staat zahlt.

Der Königsberger Grundbesitzerverein nahm nach einem Referat über „Die Verpflichtung von Staat und Gemeinde zur Erstattung von Mietausfällen“ folgende Entschliessung an: „Die am 6. Januar 1916 im Artushof zu Königsberg tagende Generalversammlung des Königsberger Grundbesitzervereins, erfüllt von glühendem Patriotismus, ist gern bereit, dem Vaterlande in schwerer Stunde mit Gut und Blut zu dienen und möchte in der Betätigung der Vaterlandsliebe hinter keinem anderen Stande zurückbleiben. Mit schmerzlichen Bedauern muß sie aber feststellen, daß durch die bisherige einseitige Belastung des Hausbesitzerstandes viele tüchtige Mitglieder der Versammlung dem sicheren Untergang entgegengeführt werden. Sie bekräftigt mit Genugtuung die Ministerialerlasse, welche den Hausbesitzern eine umfassende Hilfe in Aussicht stellen, entnimmt aus diesen zur Verabfolgung die Anerkennung der staatlichen Pflicht zum Ersatz der unverschuldeten Ausfälle und schöpft daraus die feste Hoffnung, daß es gelingen werde, schon jetzt die Wege zu ebnen, die zu gerechter Bestimmungen führen, welche die Erstattung der Verluste regeln.“

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr: „Die selbige Eggelsen“.
Mittwoch, 12. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“
Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Die selbige Eggelsen“.
Freitag, 14. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“
Samstag, 15. Jan., 7 Uhr (Reueit!): „Jahrmärkte in Pilsen“.
Sonntag, 16. Jan., 14 Uhr: „Ein toller Einfall“. Halbe Preise.
7 Uhr: „Jahrmärkte in Pilsen“.

Königliches Theater.

Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr: „Tiefenland“.
Mittwoch, 12. Jan., 8½ Uhr: „Der Rosenkavalier“.
Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Die Fledermaus“.
Freitag, 14. Jan., 7 Uhr: „Die große Paule“.

Aufruf

an die Einwohnerschaft Wiesbadens.

Um die Erinnerung an die Gelden aus unserer Residenz, die mit ihrem Blute für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Reiches und Volkes eingetreten sind und ihr Leben dafür gelassen haben, in Bild und Wort festzuhalten, hat der Magistrat sich entschlossen, eine Sammlung von beidem zu veranstalten.

Die berechtigten Hinterbliebenen der in Wiesbaden geborenen oder wohnhaft gewesenen und den Geldentod gestorbenen Offiziere und Soldaten werden deshalb gebeten, ein Bild der Gefallenen, am besten photographisches Porträt, mit ganz kurzer Lebensbeschreibung oder auch nur Lebensnotizen, immer aber mit genauen Vor- und Zunamen, Geburts- und Todesdatum, Zivil- und Militärstandsangabe unentgeltlich einzusenden

an das Stadthaus, Rathaus, Zimmer 63.

Dort können auch mündlich Ab- und Angaben in der Zeit von 10 bis 12 Uhr morgens erfolgen und Auskünfte erteilt werden.

Die Zusammenstellung nach dem Abschlusse der Sammlung in einem Album o. a., die Offenlegung usw. behält sich der Magistrat vor.

Es liegt im Interesse der Sache, daß alle, die es angeht, sich an der Einsendung beteiligen, damit die Sammlung möglichst vollkommen werde.

Wiesbaden, den 8. Januar 1916.

Der Magistrat.

Städtische Butterverteilung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Dezember 1915 wird hiermit bestimmt, daß die am 3. und 4. Januar d. Js. ausgegebenen Buttermarken für Gruppe II vom 10. bis einschließlich 20. Januar Gruppe III vom 21. bis einschließlich 31. Januar Gruppe IV vom 1. Februar ab

Gültigkeit haben.

Die Marken der Gruppe I sind mit 9. Jan. verfallen.

Wiesbaden, den 10. Januar 1916.

Der Magistrat.

Metallbeschlagnahme.

Die Ausführungsbestimmungen für die Einziehung der beschlagnahmten Metalle sind im Amtsblatt veröffentlicht. Vom 10. Januar d. Js. an sind sie nebst einem Abdruck der Verordnung in der Sammelstelle und im Rathaus (Votenzimmer) erhältlich.

Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum 31. Januar d. Js.

beschlagnahmte und nichtbeschlagnahmte Metalle ohne Einzelaufforderung

jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr, abgeliefert werden können.

Es ist also allen Gelegenheiten ohne weiteres abzuliefern, die sonst bestimmt zwangsweise unter gleichzeitiger Bestrafung eingezogen werden.

Der Gegenstände bis zum 31. März 1916 behalten will, muß begründeten Antrag (siehe § 4 der Ausführungsbestimmungen) bis zum 31. Januar d. Js. stellen.

Wiesbaden, den 4. Januar 1916.

Der Magistrat.

Städtische Kohlenverforgung für Minderbemittelte.

Der Magistrat hat mit hiesigen Kohlenfirmen ein Abkommen getroffen, um die Kohlenversorgung der minderbemittelten Einwohner der Stadt zu einem mäßigen Preise sicherzustellen.

Diesigen Einwohner, deren Brotausweis auf der Vorderseite einen Stempel nicht aufweist, sind berechtigt, Fettschrotkohlen mit ca. 30% Stücken zu kaufen, und zwar frei Haus, in Säcken angeliefert zum Preise von Mk. 1.50 für einen Zentner.

Die Bestellung erfolgt unter Vorzeigung der Brotausweis Karte gegen Barzahlung bei den Firmen:

Kohlen-Verkaufsgesellschaft, Bahnhofstraße 1,
Kohlen-Konsum, „Glückauf“ Carl Ernst, am Römertor,
Hengstenberg & Wiener, am Westbahnhof.

Ab Lagerplatz Rheinstraße (alte Artilleriekaserne) erhalten Personen, die durch das Kriegsfürsorgeamt und das Kriegsunterstützungsamt unterstützt werden, die gleiche Sorte Kohlen zu ermäßigten Preisen.

Der Magistrat.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege

Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik.

Von R. Rold.

Preis 50 Pfg. Auswärts Porto 5 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Restaur. zum Andreas Hofer In Freien Stunden

Schwalbacherstrasse 59.

Vergnügliche Spellen und Getränke

Restauranten zu jeder Tageszeit.

Feiner empfehle mein schönes

Beisitzlokal. Achtungsvoll 0007

Ludwig Stöcklein.

Die

Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Buchhandlung Volksstimme

hatte gefunden hat. Sechs Arbeiter wurden getötet, viele verletzt. Die Fabrik beschäftigte 15 000 Arbeiter in Tag- und Nachtschichten bei Herstellung rauchlosen Pulvers und Nitroglazurs. Die Ursache der Explosion ist nicht festgestellt.

Zensur und Belagerungszustand vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf.

Die Sozialdemokraten haben beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt wird.

Die Nationalliberalen beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß 1. unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmegesetzgebungen keine Einschränkungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beeinträchtigen; 2. daß beim Kriegs-Pressgesetz und bei allen Generalverordnungen Präzedenzfälle aus Verordnungen der Militärbehörden und sonstigen Behörden nicht herangezogen werden, damit die Parteien der Zensur befreit oder gemildert werden; 3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß.

Hr. Dittmann begründet den sozialdemokratischen Antrag: Der heutige Zustand ist ungeschieden, denn er steht im Widerspruch mit der Verfassung. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sind nicht gegeben; mit Ausnahme von einem Teil der Reichslande ist kein deutsches Gebiet vom Feinde bedroht. Redner trägt seine Auffassung auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes von 1881. Das öffentliche Leben ist garz in Deutschland völlig unterdrückt. Die kommandierenden Generale üben nicht bloß eine völlige, sondern direkt eine gleichgültige Tätigkeit aus. Damit werden die Parlamente geradezu ausgeschaltet. Zum Schutze militärischer Dinge genügt völlig das Spionagegesetz. Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Generale? Die Zensur arbeitet nicht nur langsam, sie unterdrückt auch die freie Meinungsäußerung. Die Zensur streicht Artikel völlig harmlosen Inhalts. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im Ruhrgebiet. Was man dort der „Mittel-Rhein-Post“ zu beschreiben gestattet, wird der oppositionellen Presse zu erdrossen verboten. Bürgerliche Organe, die für die Friedenspropaganda wirken, wurden verboten, weil ihr Streben angeblich an Landesverteidigung grenze. Das Versammlungsrecht ist so gut wie beseitigt; man gestattet nicht einmal Kritik an den Regierungsmassnahmen in der Ernährungsfrage zu. Redner trägt eine ganze Reihe recht drastischer Beispiele vor. Jede freie Regung der Arbeiterchaft wird unterdrückt; selbst die Bestimmung, daß in einem Betriebe Differenzen ausgedrückt werden dürfen, darf nicht veröffentlicht werden. Im Bezirk Münster hat man sogar Versammlungsversuche verboten. Man hat auch versucht, die Versammlungsfreiheit zu unterbinden. Redner erörtert dann eingehend den Verstoß gegen die Verfassung. Die sozialdemokratische Presse steht direkt unter einem Ausnahmestrich. Der Belagerungszustand dient aber auch dazu, oppositionell gestimmte Personen in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken. Wer nach wie vor von seinem Staatsbürgerrecht Gebrauch machen will, riskiert, in militärische Schutzhaft genommen zu werden. Diese Zustände sind geradezu unerblicklich.

Ministerialdirektor Lessaß behauptet, daß der Belagerungszustand zu Recht besteht; die Voraussetzungen sind schon dann gegeben, wenn das Reichsgebiet bedroht ist. Verantwortlich sind die kommandierenden Generale nur dem Kaiser. Der Reichskanzler hat dafür keine Verantwortlichkeit zu tragen. Durch die Schaffung des Kriegs-Pressgesetzes ist für die Presse eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Die Zensur ist nötig; sie besteht in allen kriegsführenden Staaten.

Hr. Pfaff erklärte, daß seit dem Begehen des Kriegs-Pressgesetzes der Zustand sich erheblich verschlechtert hat. Selbst die amtlichen Nachrichten der Stadt Berlin sind unter Zensur gestellt worden. Die Erörterung der Differenzen zwischen der Stadt Berlin und dem Inverband ist vom Oberkommando einfach verboten worden. Redner greift dann den Verstoß gegen die Verfassung scharf an, durch den die Presse in absolut unzulässiger Weise beeinträchtigt wird. Zeitungen, die die Artikel der betreffenden Korrespondenz nicht abdrucken wollen, wurden mit Zensurmaßnahmen bedroht. Dieser Verstoß des preussischen Ministers des Innern bedeutet den schlimmsten Bruch des Bürgerfriedens. Die Unabhängigkeit der Presse wird damit außerordentlich gefährdet. Die preussische Regierung versucht auf diese Weise die kommenden Wahlen zu beeinflussen.

Unterstaatssekretär Zimmermann nimmt das Auswärtige Amt gegen verschiedene Vorwürfe in Schutz. Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen zum Beweise dafür, daß die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann.

Und diese Stimme schreit: „Endlich ist es zu Ende, Gott sei Dank! So, laßt mich frei!“ Und der weiße Saal bewegt sich wieder, richtet sich auf, wendet sich um. . . . Und plötzlich kommt ein Kopf heraus, ein menschlicher Kopf mit vernünftigen Ausdrücken: „Warum rührt ihr euch denn nicht? Mein kann ich mich doch nicht losmachen! Ich werde mich beim Staatsanwalt beschweren!“ Der Mann will einen zornigen Ton anschlagen, doch das gelingt ihm nicht. Es ist, als hätte er die Fähigkeit verloren, seiner Stimme die Kraft der Betonung zu verleihen — einbüßend und klapplos kommen die Worte aus seinem Munde. Starren Augen stehen die Anwesenden da. „Ich beschwere mich beim Senat, beim Justizminister!“ fährt der schreiende Kopf fort. „Ich bringe es in die Zeitungen!“ Es ist, als spräche der Mensch im Schlaf. „Ich bin es nun satt!“ hebt er wieder an. „Ich darf nicht mehr gehängt werden. Eben habe ich mir den Knöchel gebrochen, und nun muß ich mein Leben ein Krüppel bleiben!“ Er redet irr, das sehen alle ein. Der Kesselbeizer, der den Senf macht, neigt den Kopf und lacht ihn stupide an — er weiß nicht, was er machen soll. Den kleinen, rötlichen Punkt gewahrt man nicht mehr. Der Staatsanwalt vermag den Blick nicht mehr auszuhalten, der ihn verfolgt, und wendet sich feuchend ab. Das Kreuz, das der Priester trägt, läßt ein leises Klirren hören. Ohne sich über etwas Klar zu werden, fährt der Gehängte mit derselben friedlichen, tonlosen Stimme fort: „Ihr hattet Befehl, mich zu hängen. Ihr habt mich gehängt. Ob ich lebe oder nicht, kann euch gleich sein. Aber mich zweimal hängen, dazu habt ihr kein Recht!“ In diesem Augenblick gleitet der Wärter zu ihm, wirft ihn auf die Erde, und das Ende des Strides ergreifend, beginnt er daran zu ziehen. . . . „Ihr habt kein Recht!“ protestiert der Saal heftig. „Ihr habt kein Recht! Das ist das erste Mal in Europa!“ Der Senf hat sich nicht gerührt. Ein Fußtritt des Wärters muß ihm die Pflicht erst wieder zum Bewußtsein bringen. Dann macht auch er sich ans Werk, und nach einigen Minuten haben die beiden Männer endlich das Opfer erwürgt, indem sie es über die feuchten Steine schleppten.

Ein Vertreter des preussischen Ministers des Innern erklärt, der Presseverstoß gehöre vor den preussischen Landtag. Die preussische Regierung nehme auch für sich die publizistische Freiheit in Anspruch. Hr. Graf Westarp bezieht den Einfluß des Auswärtigen Amtes auf die Zensur. Das Vorgehen gegen einen Teil der Presse ist durchaus einseitig; darunter leidet ganz erheblich die — konservative Presse. (Große Heiterkeit.) Ein Beschluß des engeren Vorstandes der konservativen Partei ist von der Zensur verstümmelt worden; dagegen dürfte eine Grundhebung des sozialdemokratischen Vorstandes veröffentlicht werden. Gegen den Vorstand der Konservativen ist sogar ein offizieller Angriff erfolgt, der in der Öffentlichkeit nicht abgewehrt werden konnte. Die linksstehende Presse erfreut sich einer weit größeren Freiheit.

Unterstaatssekretär Zimmermann stellt fest, daß das Auswärtige Amt nur insofern sich der Zensur bediene, als dies im Interesse des Reichs liegt.

Hr. Weinhausen (Fortf. v. 10. 1. 16): Parteipolitik kann man der Zensur nicht zum Vorwurf machen. Deshalb braucht man aber die Tätigkeit der Zensur nicht zu billigen. Die Verhältnisse sind im Laufe der Zeit immer schlechter geworden. Zuerst besaß die Zensur nur mit militärischen Fragen, jetzt hat sie auch die politische Haltung in den Kreis ihrer Machtkommenheit gezogen. Die Oberzensurstelle hat sogar versucht, die Berichte über Parlamentarische Verhandlungen zu unterdrücken. Das Kriegs-Pressgesetz hat dahin gewirkt, daß die Zensur eine weitere Verschärfung erfährt. Eine solche Behandlung hat die Presse Deutschlands wahrlich nicht verdient. Die Zensur soll sich nur auf militärische Dinge beziehen.

Hr. Dr. Stresemann beschäftigt sich mit dem Verstoß gegen die Pressefreiheit, der allerdings auch den Reichstag angeht, umso mehr, als die dort empfohlene Korrespondenz auch zu Wahlzwecken benutzt werden soll. Der amtliche Apparat wird dazu benutzt, die Zeitungen zu zwingen, bestimmte Artikel auszunehmen. Eine Kritik an diesem Zustand wird schließlich von der Zensur unterdrückt. Soll diese Korruption der öffentlichen Meinung viel leicht der Beginn der Neu-Orientierung sein? Soll über die kommenden neuen Steuern etwas auch nicht geredet und geschrieben werden dürfen? Unter allen Umständen aber muß gefordert werden, daß endlich die Erörterung der Kriegsziele freigegeben wird. Die Wirkung einer solchen Diskriminierung auf das Ausland soll man nicht überschätzen. In der öffentlichen Meinung hat die Regierung ein Instrument in der Hand, das sie nicht unbenutzt lassen soll. Redner fordert schließlich die sofortige Zurückziehung des Verstoßes gegen die Pressefreiheit.

Hr. Gerkenberger (Frt.) bezeichnet die Zensur als Heilich. In Bayern ist der sozialdemokratischen Presse die größte Freiheit zugelassen worden, die Zentrumspresse hat man aber beschränkt, also sie auf die sozialdemokratischen Angriffe antworten wollte. Die Zensoren spielen sich jetzt geradezu als Redakteure auf.

Hr. Dittmann überreicht dem Reichstag eine Liste von 518 Beschwerden, die der Zensur überreicht hat. Die größere Hälfte erwies sich als unbegründet, ein Teil war zweifelhaft und nur ein kleiner Teil erwies sich als berechtigt.

Hr. Stöckhungen stellt fest, daß er den Ausführungen des Grafen Westarp über die Zensur zustimmen könne. In der Tat besteht ein ganz unhaltbarer Zustand. Es entstehen im Volke alle möglichen Gerüchte und die Presse ist nicht in der Lage, Aufklärung zu verbreiten. Wendet man sich an die Behörden, so erhält man entweder keine oder eine vollständig unzureichende Antwort. Das ganze System, das wir heute haben, ist gescheitert. Für die Zensur sind nicht militärische, sondern politische Interessen maßgebend. Man schreibt der Presse die Haltung vor, die sie einnehmen hat, und gleichzeitig verbietet man der Presse, zu kritisieren, was man, daß es sich um ein Eingreifen der Zensur handelt. Der Verstoß gegen die Verfassung ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Redner erläutert dann an der Hand von Korrekturen des „Vorwärts“ das Wesen der Zensur. Stürmische Heiterkeit und allgemeine Zustimmung beweisen, wie die Subkommission über diese Tätigkeit der Zensur denkt. Man muß die völlige Beseitigung der Zensur fordern. Sie kann beseitigt werden, denn man hat die Strafgeseze zur Verfügung, die als vollkommen ausreichend bezeichnet werden müssen. Die Unterbindung der freien Meinungsäußerung ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Hr. Roske findet die Kritik an der Zensur berechtigt. Die Zensur solle man zwar nicht aufheben, aber man soll sie umgestalten; denn es ist durchaus nicht angängig, die Bevölkerung wie Schulkinder zu behandeln. Redner bezieht schließlich, daß die agrarische Presse eine Ausnahmeerscheinung einnehme. Die Verhandlungen gehen am Dienstag weiter.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die Stadt Berlin schloß mit der Kergtkammer auf ein Jahr Vertrag: gegen Zahlung von 500 000 Mark, die in Monatsraten erfolgt, gewähren die Kerge den Kriegerfamilien freie Behandlung. Die Stadt ist in 28 Bezirke eingeteilt, innerhalb deren freie Arztwahl besteht.

Nun stehen sie leidend da. Der Staatsanwalt fährt sich mit dem Finger hinter dem Kragen herum. Der Wind tut sich auf, und bleich dümmert der Morgen. . . .

Kriegsromanblüte.

Ein Leser schreibt uns: Die große Zeit des Vaterlandes gebor uns neue Dichter, die dem Gefühl für die Größe und Not des Volkes lebendigen Ausdruck zu geben vermochten. Die bekannten lebenden Dichter, die in der Friedenszeit als geistige Schöpfer galten, haben aber fast alle gänzlich verfaßt gegenüber dem gewaltigen Erleben dieser Zeit. Einige der Tageschriftsteller haben sich sogar im wirklichen Sinne des Wortes geistig nach unten verlagert. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ brachte da einen Roman „Die schwere Not“ von Michael Stenow. Der alles andere denn eine gewaltige oder wenigstens berzerrschende Schilderung der ostpreussischen Not und Befreiung darstellt. In dem Schluß dieses Romans spricht der Verfasser vom General Hindenburg und begeistert sich an dem Namen. Und das tut er so: „Hindenburg!“

Etwas Heimliches, Altpreussisches hatte der Name, und es war etwas in ihm wie das Blinken eines Schmerzes, das in Feindesgurgel fuhr. . . .

Welche ungeschickliche Rohheit umfassen diese paar Worte, die laum ein Schlädergehirn ausstritten kann! So treibt man die Erziehung der Massen des Volkes in einer deutschen Zeitung von ungeheurer Verbreitung.

Seitens.

Lieber Simplicissimus! Dr. phil. Huber und Franz Xaver Meier, in Firma Meier und Sohn, zwei Landsturmlaute, werden beim Exzerzieren von ihrem Hauptmann angeblasen. Nach dem Exzerzieren sagt Huber sanft zu Meier: „Gnädiger Herr Hauptmann, ich habe mir mit dem Kaniten Imperialis trüsten!“ „Hah! Ich mir auch schon gedacht!“ schnaubt Meier zornig. „Aber ich glaube, der steht in Goethes Gäß?“ leht er mit einem fragenden Blick auf seinen gelehrten Kameraden hinzu. Eine biedere Ostpreusin bittet den Hauptmann und Kompanieführer der . . . Kompanie des . . . Regiments im Osten um Beurlaubung ihres Ehegatten, des Wehrmanns F. Er sei jetzt elf Monate im Felde und habe noch nie Urlaub erhalten. Da sie einem glücklichen Familienereignis entgegengehe, möchte er kommen und nach dem Rechten sehen. Als Antwort des Hauptmanns treffen folgende Zeilen ein: „Aus dienstlichen Gründen kann Ihrem Manne der Urlaub nicht gewährt werden. Uebrigens habe ich Ihrem Manne nichts davon gesagt.“ Darob entgegnete die Antragstellerin entrüstet: „Ich verbitte mir alles. Ich war bei meinem Manne vor acht Monaten in S. Davon ist es!“

Aus London wird vom Montag gemeldet: Ein langer Kabinetsrat fand heute vor der Parlamentsöffnung statt. Henderson war anwesend. Das bedeutet, daß sein Rücktritt noch unentschieden ist.

Der bekannte Züricher Kritiker „Friedensgedanken“ ist jetzt als eine Privatarbeit des Wiener Dr. Alfred Fried festgestellt. Fried ist ein sehr tüchtiger Arbeiter für die Ideen des Pazifismus; sein Artikel entspringt einem redlichen Streben, und manches darin wäre wohl erstrebenswert.

Aus der Partei.

Zum Ausschuß-Gutachten.

Die vom Parteiausschuß beschlossene und gestern an der Spitze der „Volksstimme“ veröffentlichte Erklärung ist von einer Schärfe, die zweifellos nicht der Erregung entsprungen, sondern beabsichtigt ist. Es macht durchaus den Eindruck, als habe die Mehrheit sich gefaßt: der Partei tut Klarheit not; es darf keinerlei Zweifel bestehen über den Weg und deswegen muß jedes Kompromiß ausgeschlossen, jedes Dämmerlicht vermieden werden. Man hat die Sätze und Worte mit Bedacht so gewählt, daß jede verbindlich und ausgleichend wirkende Natur zurückgestoßen, es ihr unmöglich gemacht wurde, für die Resolution zu stimmen. Also der Kritik Gegenstand zur Kompromittierung des französischen Sozialistenkongresses. In Paris sichtlich das Bestreben, möglichst alle Strömungen auf eine gemeinsame Erklärung zu einen, wobei allerdings etwas zustande kam, was niemand voll befriedigen kann. In Berlin umgekehrt die Tendenz, alles von der Zustimmung abzuhalten, was nicht mit der Haltung der Fraktionsmehrheit ganz und völlig einverstanden ist. Klarheit vor allem; fällt die Mehrheit den anderen zu, so mögen sie die Verantwortung tragen.

Ein Gutes hat solche Methode: sie stellt nicht zweifelhaft fest, welchen Rückhalt die Fraktionsmehrheit in der Partei hat, denn die Formulierung der Resolution machte unmöglich, daß Freunde eines Ausgleichs für sie stimmten; aber sie macht ganz gewiß, daß die erdrückende Mehrheit des Ausschusses unbedingt zur Politik der Fraktionsmehrheit steht. Nun hat allerdings am selben Tage, als er den Beschluß wiedergab, der „Vorwärts“ einen Artikel über den französischen Parteitag gebracht, der davon redet, daß der Massenwille schließlich etwas ganz anderes sei, als die Meinung einer „Zusammenkunft der Parteifunktionäre, also gerade jener Kreise, über deren bisherige, längst feststehende und beständige Haltung zu Gericht zu sitzen Aufgabe eines Parteitages wäre“. Daß dieses Urteil auch dem deutschen Parteiausschuß gelten soll, darüber bringt überdies der „Vorwärts“ noch direkte Betrachtungen, wie er denn auch vorher eifrig den Ausschuß beschwor, er dürfe um Stimmwillen keine Risse riskieren, denn das sei nicht seines Amtes. Aber mit all dem wird die vollzogene Tatsache nicht aus der Welt geschafft. Die Partei hat gesprochen. Deutlich und unmißverständlich gesprochen. Darüber, daß die erdrückende Mehrheit der Partei zur Politik der Fraktionsmehrheit steht, sollte schließlich jeder belehrt sein. So deutlich und so scharf lautet das „Gutachten“ des Ausschusses, daß am Ende nur der Satz fehlt: Wer sich nicht einordnen kann oder mag, soll abseits treten!

In dieser Zeitung ist in mehreren Artikeln Kritik geübt worden an der Haltung der Fraktionsmehrheit; es sollte die Bewilligung der Kriegsziele von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht werden. (Stärkung des Konkretenrechts der Parlamente, auch als Zugeständnis an die Auslandspolitik am autoritären Deutschland; Bekanntgabe der Kriegsziele und deren Erörterung.) Die Verfasser der Artikel können also logisch nicht, wie das Ausschuß-Gutachten, als unbedingte Anhänger der Fraktionspolitik angesprochen werden. (Uebrigens: auch der Verfasser unseres heutigen Leitartikels, ein Anhänger der Fraktionsmehrheit, mußte zur Aufstellung von Bedingungen kommen.) Aber eben, um es nochmals zu sagen, die Schärfe und Unbedingtheit des Ausschuß-Gutachtens läßt um so deutlicher hervortreten, daß die Fraktionsmehrheit tatsächlich die große Mehrheit der Partei hinter sich hat.

Mit dieser Tatsache sollte sich jeder abfinden. Der „Vorwärts“ freilich äußert sich höchst unwillig; die Beurteilung seiner eigenen Haltung beantwortet er in dem Stil des: Ihr könnt uns sonst was. Bringt aber in derselben Nummer den Beweis, wie sehr das Ausschuß-Gutachten antrifft. In dem schon genannten Leitartikel über den Pariser Kongreß wirft der „Vorwärts“ sich in die Brust: er sei wohl berufen, den Franzosen Vorhaltungen zu machen wegen ihres Nationalismus, die deutsche Mehrheit aber dürfe es nicht, denn sie treibe es ja gerade so; wie dürfte denn sie die Bewilligung der Kriegsziele tadeln usw. Das ist ein Musterbeispiel der irreführenden „Vorwärts“-Berichterstattung. Tatsächlich ist den deutschen Genossen, die zur Mehrheitspolitik stehen, gar nicht eingefallen, der französischen Sozialdemokratie aus der Kreditbewilligung einen Vorwurf zu machen, sondern dagegen protestierten sie, daß den Deutschen als Verrat und Schändlichkeit angesehen wird, was bei den Franzosen ein lobenswerter Tun sein soll. Und das gilt den Genossen von der deutschen Mehrheit als nationalistische Verirrung der Franzosen, daß sie hartnäckig jede Ausrede mit Vertretern der deutschen Sozialdemokratie verweigern. Den „Vorwärts“ aber trifft die schwere Schuld, durch seine Haltung (versteht sich: ohne daß er es wollte) die Franzosen in ihrer Verborttheit bestärkt zu haben. Da war es in der Tat abetend, daß der Ausschuß Klarheit schaffte.

Wirtschaftliche Annäherung.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag den 9. Januar eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Zu dieser Besprechung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte Anregung gegeben. In der Sitzung nahmen als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Abler, Ellenbogen, Menner und Seih und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Gruenwald und Danusch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Genosse Dr. Menner hielt das einleitende Referat, als zweiter Referent sprach Camoto. Auf die Referate folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich unsere österreichischen Freunde lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hatten zunächst den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage eingeleitet wird. Die Referate wurden stenographisch aufgenommen und werden in Kürze im Druck erscheinen.

Sterbefälle.

Todung aus den Frankfurter Standesbüchern.

7. Jan. Rolte, Herbert, 1 J. 4 M., Eschenbachstraße 14.
 8. Hoffmann, Fredy Karl Heinrich, 4 J., Eschenbachstraße 14.
 8. Röhler, Johanna Caroline Theres, geb. Herfisch, Witwe, 70 J., Siemensstraße 26.
 8. Hagering, Christian, 70 J., Bräudenstraße 3.
 8. Richter, Martin, Schlosserlehrling, 15 J., Eschenbachstraße 14.
 8. Riedmann, Georg Gottfried Christian, Schlosser, verh., 29 J., Elisabethstraße 49.
 8. Berthman, Ompel, Lehrer a. D., 67 J., Baustraße 10.
 9. Ray, Elisabetha Marg., geb. Corbinus, 46 J., Thronerstraße 12.
 9. Bander, Paula Jenny, 1 J., Eschenbachstraße 14.
 9. Huber, Elisabeth Barbara, geb. Höhle, Witwe, Puffrau, 70 J., Eschenbachstraße 14.
 9. Kaufmann, Franziska, 4 J., Eschenbachstraße 14.
 9. Berrstein, Johann Wilh., Maler und Radierer, Witwe, 77 J., Wolfsgangstraße 38.
 9. Lindwurm, Jakob Georg, 9 J., Bendorgasse 15.
 9. Huber, Anna Maria Luise Elisabeth, geb. Redermann, verh., 39 J., Großer Kornmarkt 23.
 9. Schepfer, Artur Wilhelm Eugen, 1 J., Kleine Eschenheimer Straße 39.
 9. Spignagel, Gustav, Wirt, 49 J., Wiesenstraße 48.
 9. Weber, Anna Maria, geb. Helbt, 43 J., Alte Mainzer Gasse 31.
 10. Berrhöfer, Konrad Joseph, 1 J., Eschenbachstraße 14.
 10. Böhl, Robert Fritz, Mechaniker, ledig, 19 J., Mainzer Landstraße 241.
 10. Scher, Auguste Luise Maria, geb. Bollhardt, 52 J., Sonnenmännstraße 55.
- Auf dem Schlachtfelde gefallen:**
28. März. Paul, Adolf, Musiker, Registraturgehilfe, ledig, 21 J., letzte Wohnung Alte Mainzer Gasse 5.
 15. April. Becker, Friedrich Wilhelm, Musiker, Spengler, ledig, 24 J., letzte Wohnung Bahnstraße 3.
 26. Okt. Schneider, Joseph, Wehrmann, Schreiner, verh., 37 J., letzte Wohnung Kollheimer Straße 17.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr (Zweites Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers Josef Schwarz von der Hofoper in Berlin): „Amelia oder Ein Rasenball“. 11. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Große Pr.

Mittwoch, 12. Jan., 3½ Uhr: (Peterhens Randsfahrt). Aufh. Abonn. Große Pr. — 7½ Uhr: „Nanon“. Aufh. Abonn. Große Pr.

Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Rosa Lisa“. 11. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Große Pr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Dienstag, 11. Jan., 7½ Uhr: „Solche Dichter“. 11. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Kleine Pr.

Mittwoch, 12. Jan., 7 Uhr: „Antonius und Cleopatra“. 11. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Kleine Pr.

Donnerstag, 13. Jan., 7½ Uhr (1. Gesamt-Gastspiel der Münchener Kammerspiele), zum ersten Male: „Der Floh im Panzerhaus“. Groteske in 4 Akten von R. Jostler-Barrinaga. Aufh. Abonn. Gemöhl. Pr.

Freitag, 14. Jan., 7½ Uhr (2. und letztes Gesamt-Gastspiel der Münchener Kammerspiele): „Der Floh im Panzerhaus“. Aufh. Abonn. Gemöhl. Pr.

Neues Theater.

Dienstag, 11. Jan., 8 Uhr: „Gelegenheit macht — Liebe“. Abonn. A. Gemöhl. Pr.

Mittwoch, 12. Jan., 4 Uhr: „Strumpfwirter wird Soldat“. Kleine Pr. — 8 Uhr: „Bogierbesuch“. Abonn. A. Gemöhl. Pr.

Donnerstag, 13. Jan., 8 Uhr: „Gelegenheit macht — Liebe“. Abonn. A. Gemöhl. Pr.

Freitag, 14. Jan., 8 Uhr: „Jugend“. Aufh. Abonn. Volkstüml. Pr. von 50 Pfg. bis 2.50 Mk.

Schumann-Theater.
Nur noch kurze Zeit! 8 Uhr. „Immer feste druff!“

GROSS-FRANKFURT

AM ESCHENHEIMER TURM:
Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10.	Bachus Jacoby Humorist	Vorher Konzert.
Kretous Wunderbau	Marcell der Urkomische	2 Nelson Sprung-Künstler
Lauben, Begleit. Radfahrer	Berger u. Berger Flachturner	3 Kemie akrobatische Tänze
Francis Elfenzauber	Backes hees. Bauernpaar	Eise Graf Sängerin

Logenplatz 1.75, Res. Platz 1.20, Saal 0.65.
Militär wochenlang halbe Eintrittspreise.

Leitung **Künstler-Brettl** Am Flögel
Jes. Vallé H. Zorn.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Hans Bechstein (Hofopernsänger) — Jos. Vallé — Lisa Werner —
Steffi Wagner — Emmi Ludwig — Marion Heinz — Elise Graf —
Schwestern Harvard — Wolff van Vries — Karl Stammvoll — Heinz.
Prasch — Elise Schneider — Kurt Bauer.

Wein — Bier — Kaffee — Kalte und warme Speisen.

Eintritt **Kaffee-Haus.** Eintritt
frei! frei!

Ab 4 Uhr **Künstler-Konzerte** Ab 4 Uhr
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Wolff van Vries.

Gute preiswerte Mischungen
per Pfund Mk. 1.90, 2.— und 2.20

Kaffee-Ersatz „Illusion“
Koffeinarmer Spar-Mischung
per Pfund Mk. 1.— u. 1.20

Zucker zum billigsten Tagespreis.

Hok

Töngesgasse 52, Vilbeler
Gasse 7, Glauburgstr. 40,
Heideplatz 1, Offenbacher
Landstrasse 310, Mörfelder
Landstr. 94, Falkstrasse 40.
Eschersheim. — Soden i. Taun.

Erfrische Fleischwaren
aus Schlachtungen im hiesigen städt. Schlachthaus.

Soweit der Vorrat reicht:

Frische Rinderzungen mit Schlund	1.10 per ½ Rilo
Frische Rinderzungen ohne Schlund	1.30
Gesalzene Rinderzungen	3.75 per Stück
Backfleisch ohne Knochen	90 p. ½ Rilo
Köpfe mit Wade und Ohren	7.— per Stück
Köpfe ohne Wade und Ohren	1.20
Leber	1.10 p. ¼ Rilo
Herz	90
Enter	45
Fussknochen, mark- und fetthaltig	20 per Stück
Röhrenknochen, mark- und fetthaltig	15 p. ½ Rilo
Hirn	60 per Stück

Verkauf von 8—12½ und 2—6½ Uhr.
Bedenkslos Samstag 5 Uhr.
Dienstag und Freitag bleibt der Laden geschlossen.

Oskar Sommer
Darmhandlung, Frankfurt a. M.-Süd
Deutschherrnkai 31.

Abteilung: Frische Fleischwaren. Telefon Amt Gans 731.

Billig
moderne neue
und von Herren
wenig getragene elegante

Ulster
Paletots
Anzüge

Roxener Mäntel, Pelarinen,
Gebroch- u. Smokinganzüge,
alles nur bessere und gute
Qualitäten, doch ausfallend

billig!

Kaufhaus für
Monatsgarderoben
Löngesgasse 33, 1. St.

Siehe große Vorteile durch Er-
parung d. Vorderräder u. eig. Ver-
stell. d. Vorderräder u. Konstru-
tionen, schmerzlos, marne, jede
Größe vorrät. Gelen, Weichmatten,
Räder, Ulster u. Überzieher enorm
bill. abg. Berger Str. 107, 1. Herr-
schneider. Anzüge wird auch noch
Nach u. ohne Stoff mit Garantie
i. gut. Stg. billig angefertigt. 2894

L. Crecelius Ww.
Zigarrenhandlung
Höchst a. M., Königheimerstr. 24.

Stir. Schuhmacher!

Militärstiefelabfälle, viele schöne
Rennstiefel für Pferd u. u. L. Qual.
60 Pfg., 11. Qual. 30 Pfg. per Pfd.,
Prima Militärstiefelabfälle in Ober-
leder per Pfd. 1.40, große Kinder-
stiefelabfälle Pfd. 1.60, ganz große braune
Vogelstiefel Pfd. 2.— u. u. L. bei

Hartmann, Wiesbaden, Nero-
str. 42

Sozialdemokratie u. Kriegskredite
von Friedrich Stampfer.
Auswärts Porto 3 Pfg. — Preis 10 Pfennig.
Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt am Main.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Mitteilung.)
Sonntag nacht 2½ Uhr verschied nach schwerem Leiden
unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwä-
gerin und Tante
Margarethe Holzapfel
im 72. Lebensjahre. Wir teilen dies allen Verwandten, Be-
kannten und Freunden schmerzlich mit.
Hannu a. M., den 10. Januar 1916.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag vormittag 11 Uhr von der
Kapelle des Friedhofes aus statt. 3136

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Frankfurt a. M.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege
Christian Riedmann
Bohrer
nach längerer Krankheit im Alter von 38 Jahren verstorben
ist. Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung fand bereits heute statt. 3138

Verband der Bureauangestellten
Verwaltungsschle Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.
Am 10. Januar verstarb nach längerem Leiden unser Kollege
Johannes Heiden
Arbeitersekretär.
Wir verlieren in ihm ein seit Gründung der Organisation
zu uns gehörendes Mitglied, dessen Ratschläge wir für den
Verband gerne verwandten. Sein Andenken wird von uns
stets in Ehren gehalten werden. **Die Ortsleitung.**
Die Beerdigung findet statt: Donnerstag, 13. Jan., vorm.
halb 11 Uhr, von der Leichenhalle des Bornheimer Fried-
hofes aus. Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. 3134

Todes-Anzeige.
Heute vormittag verschied mein lieber Vater
Johannes Heiden
Arbeiter-Sekretär
im Alter von 41 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 13. Januar 1916, vormittags 10½ Uhr, auf
dem Bornheimer Friedhof statt.
Frankfurt a. M. (Ungerstrasse 10), den 10. Januar 1916. 3133
Konrad Heiden.
Hanna Bodenheimer, geb. Deutschmann, als Schwägerin.

Sozialdemokr. Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.
Schmerzbeugt teilen wir mit, dass am Montag den 10. Januar, vormittags halb
11 Uhr, unser vorzüglicher Genosse
Johannes Heiden
Arbeitersekretär und Stadtverordneter
nach langer Krankheit im Alter von 41 Jahren verschieden ist.
Der Verstorbene war lange Jahre Mitglied unseres Vorstandes, in dem er durch
seinen lauten Charakter, sein grosses Wissen und seine eifrige Mitarbeit besonders
geschätzt war.
Für die Frankfurter Arbeiterschaft leistete Heiden als Arbeitersekretär u. Stadt-
verordneter ausserordentlich wertvolle Dienste. Sie wird ihm ein treues Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Donnerstag vorm. 10½ Uhr von der Leichenhalle des Bornheimer Friedhofes aus statt. 3131

Gewerkschafts-Kartell Frankfurt a. M.

Der Tod hat eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen gerissen. Am Montag den
10. Januar, in der Mittagstunde, verschied unser Genosse und Freund
Arbeiter-Sekretär
Johannes Heiden
Der Verstorbene war am 17. Dezember 1874 in Demmin (Pommern) geboren, hatte
also kaum das 41. Lebensjahr vollendet.
Seit 1. Oktober 1901 war der Dahingeshedene an unserem Sekretariat tätig. Seine
gediegenen Kenntnisse in den Rechtsfragen sicherten unserem Institut ein steigendes An-
sehen. Die von dem Verstorbenen herrührenden Anhänge zu unseren Jahresberichten
(1901: „Die Rechte der unehelichen Kinder“, 1903: „Die Bewährung des paritätischen Ar-
beitsnachweises“, 1906: „Frankfurter Haushaltungsrechnungen“ und 1912: „Die Kranken-
versicherung nach der Reichsversicherungsordnung“) sind für die Arbeiterinteressen von
bleibendem Werte. Die Gewerkschaften fanden den nun Heimgegangenen jederzeit bereit,
ihnen durch Vorträge aus seinem reichen Wissen zu dienen.
Dem Verstorbenen werden wir ein treues Gedenken bewahren.

Der Kartell-Ausschuss.
L. A.: L. Dorschu.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 13. Januar, vormittags 10½ Uhr, von der Leichen-
halle des Bornheimer Friedhofes aus statt. 3132

Kein Bier-Aufschlag!
Stollbier
zum alten Preis
per Flasche 12 Pfg. ohne Glas.

W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.
am Hauptgüterbahnhof.
Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins und von Latscha.